



Entscheidungen im Westen

Gründung der Bundesrepublik Deutschland

Ein Kind des „Kalten Kriegs“?

Die Bundesrepublik Deutschland wurde gegründet, weil sich die Sieger des Zweiten Weltkriegs über die Zukunft des besiegten Deutschlands nicht einig werden konnten. 1945 war es im Potsdamer Abkommen noch ihre Idee gewesen, Deutschland gemeinsam zu regieren. Doch sie zerstritten sich, und jeder ging in dem Teil Deutschlands, den er besetzt hielt, eigene Wege.

Die Amerikaner (USA) arrangierten sich mit den Engländern (Großbritannien). Am 1.1.1947 legten sie ihre Besatzungszone mit der britischen zur „Bizone“ zusammen. Vor-Formen eines Staates entstanden; am 20. Juni 1948 bekam die Bizone auch eine eigene Währung. An die Stelle der Reichsmark trat die Deutsche Mark (DM). Wer Guthaben in Reichsmark besaß, verlor durch diese Währungsreform so gut wie alle seine Ersparnisse. Doch die Schaufenster füllten sich schlagartig wieder mit Waren.

Die DM galt auch in der französischen Besatzungszone, nicht aber in der sowjetischen (genannt auch „russische“, „Ostzone“ oder „SBZ/ Sowjetisch besetzte Zone“: die spätere DDR). Dort wurde eine eigene „Mark der Deutschen Notenbank“ eingeführt. So gab es nun zwei verschiedene Währungen in Deutschland. Die Auseinanderentwicklung von Ost- und Westdeutschland wurde immer offenkundiger.

Der Zwist in Deutschland spielte sich auf dem Hintergrund einer weltweiten Entfremdung zwischen den Hauptsiegermächten USA und Sowjetunion ab. Die USA befürchteten eine Ausbreitung des Kommunismus. Die wollten sie eindämmen, freilich ohne es zu einem echten Krieg kommen zu lassen („Kalter Krieg“). US-Präsident Truman verkündete am 12.3.1947: Vom Kommunismus bedrohte Völker sollen von den USA wirtschaftliche Hilfe zur Herstellung stabiler politischer Verhältnisse erhalten (**Truman-Doktrin**). Sein Außenminister Marshall legte kurz darauf (5.6.1947) in diesem Sinne einen Plan vor, mit dem die USA die vom Krieg gezeichneten europäischen Staaten wirtschaftlich wieder fit machen wollten (**Marshall-Plan**). Die drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands sollten einbezogen werden.

Da schien es nun auch politisch nötig, die Westdeutschen mit ins Boot zu nehmen. Aus Bizone plus französischer Besatzungszone sollte ein eigener deutscher Staat mit deutscher Regierung entstehen, allerdings weiterhin unter Aufsicht der USA, Großbritanniens und Frankreichs. Am 1.7.1948 wurden den Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder die „Frankfurter Dokumente“ übergeben. Darin wurden sie beauftragt, eine Verfassung für den neuen Staat im Westen Deutschlands auszuarbeiten. Wie die Grundzüge dieser Verfassung aussehen sollten, wurde ihnen dabei ziemlich genau vorgeschrieben.

1 Zeitlicher Ablauf

➔ Stelle den Weg bis zur Weststaatsgründung in einer **Tabelle** dar. Bringe dazu auf einem Zettel die folgenden Stichworte in die richtige Reihenfolge, beginnend mit dem frühesten Ereignis. Notiere dazu die jeweiligen Daten:

A Verkündung einer amerikanischen Eindämmungspolitik gegenüber der Sowjetunion (Truman-Doktrin) / **B** Auftrag der Westalliierten an die westdeutschen Ministerpräsidenten, eine Verfassung für einen westdeutschen Staat zu schaffen (Frankfurter Dokumente) / **C** Vereinbarung der Alliierten, das besiegte Deutschland gemeinsam zu regieren (Potsdamer Abkommen) / **D** Währungsreform und Einführung der DM in Westdeutschland / **E** Verkündung des Marshall-Plans / **F** Gründung der Bizone

2 Interessenlagen der USA

➔ 1. Vergleiche in Arbeitsgruppen die beiden Quellenauszüge **A** und **B**:

A Richtlinie für den Oberbefehlshaber der US-Besatzungstruppen in Deutschland, 1945

„Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als ein besiegter Feindstaat [...] Das Hauptziel der Alliierten ist es, Deutschland daran zu hindern, je wieder eine Bedrohung des Weltfriedens zu werden. Wichtige Schritte zur Erreichung dieses Zieles sind [...] die industrielle Abrüstung [...] Deutschlands.“

— *Quelle*: Ernst Deuerlein: Die Einheit Deutschlands. Alfred Metzner Verlag, Frankfurt am Main / Berlin, 1961, S. 336

B US-Handelsminister Harriman, 1947:

„Ohne die Bereitschaft, das gegenwärtige Elend und Chaos in Deutschland schnell zu beheben, werden wir unsere politischen Ziele nie verwirklichen. Deutschlands Industrieproduktion und Ernährung ist hinter dem übrigen Westeuropa weit zurückgeblieben. Aber ohne ein gesundes Deutschland, das seinen Platz als Erzeuger und Verbraucher einnimmt, ist an eine selbsterhaltende westeuropäische Wirtschaft nicht zu denken.“

— *Quelle*: Harry S. Truman: Memoiren. Band II. Alfred Scherz Verlag, Bern 1956, S.132

➔ 2. Notiert Antworten zu folgenden Fragen:

- Die amerikanische Deutschlandpolitik verfolgte 1945 und 1947 unterschiedliche Interessen. Welche waren das jeweils?
- Warum will Harriman „Elend und Chaos in Deutschland“ beheben?
- Was versteht er unter „unsere politischen Ziele“?
- Welche Motive nennt er, den besiegten Feind wirtschaftlich wieder gesunden zu lassen?



Das dauerhafte Provisorium

„Grundgesetz“ anstatt „Verfassung“

Für die USA (im Volksmund: „die Amerikaner“) war die Gründung eines westdeutschen Staates ein Schachzug im weltweiten Kräftemessen mit der Sowjetunion (im Volksmund „die Russen“ genannt). Aber für die westdeutschen Politiker ging es um mehr. Der Zwist der Besatzer hatte zur Spaltung Deutschlands geführt, sollten sie als Deutsche nun mithelfen, den deutschen Nationalstaat aufzulösen? Er bestand ja noch – zumindest im Bewusstsein der meisten Menschen in Deutschland. Sollten wirklich die Rostocker, Leipziger und Dresdner durch eine Weststaatsgründung zu „Ausländern“ gemacht werden?



Die westdeutschen Ministerpräsidenten zögerten. Schließlich nahmen sie den alliierten Auftrag an, sie änderten ihn jedoch ab: Der Staat im Westen sollte nichts Endgültiges sein, kein Voll-Staat, sondern nur ein Provisorium. Nur „für eine Übergangszeit“ sollte das staatliche Leben im Westen neu geordnet werden, bis die Einheit Deutschlands wiederhergestellt sein würde. Mehrere Abweichungen von den alliierten Planungen unterstrichen diese Vorläufigkeit.

So trat am 1. September 1948 in Bonn ein „Parlamentarischer Rat“ zusammen und keine gewählte Nationalversammlung. Er bestand aus 65 Abgeordneten der westdeutschen Länderparlamente plus fünf nicht stimmberechtigten Berliner Abgeordneten und begann mit der Arbeit an einer Verfassung, die bescheiden auch nur „Grundgesetz“ genannt wurde. Verschiedentlich griffen dabei die Alliierten in die Beratungen ein, um von ihnen gewünschte Regelungen durchzusetzen. Nach achtmonatiger Arbeit wurde das Grundgesetz (GG) vom Parlamentarischen Rat mit Mehrheit beschlossen, die Westalliierten genehmigten es, die westdeutschen Länderparlamente stimmten – mit Ausnahme Bayerns – zu. Am 23. Mai 1949 verkündete Konrad Adenauer, der Präsident des Parlamentarischen Rates, das „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“. „Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“, heißt es in seiner Präambel (Vorspruch). Artikel 116 (GG) bestimmte, dass die bestehende deutsche Staatsangehörigkeit weiterhin für alle Deutschen galt, also auch für die Deutschen in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ), der späteren DDR.

Mit einer Wahlbeteiligung von 78,5% wählte dann am 14. August 1949 die Bevölkerung der Westzonen das erste Parlament der Bundesrepublik Deutschland, den Deutschen Bundestag. Damit war die Staatsgründung im Westen abgeschlossen.

3 Was wurde aus der „deutschen Einheit“?

War die Idee des Grundgesetzes, die deutsche Einheit könne wiederhergestellt werden, eine Lebenslüge?
War dies nicht seit Gründung der Bizone und endgültig seit der Weststaatsgründung praktisch unmöglich geworden?

- ➔ 1. Arbeitet heraus, mit welchen Argumenten zwei seinerzeit führende westdeutsche Politiker dieser Auffassung widersprachen.
- ➔ 2. Diskutiert: Waren ihre Vorstellungen realistisch oder betrogen sie sich selbst?

A Kurt Schumacher, Vorsitzender der SPD in Westdeutschland, 31.1.1947

„Man muß soziale und ökonomische Tatsachen schaffen, die das Übergewicht der drei Westzonen über die Ostzone deklarieren, die das Leben im Westen als nützlicher und sinnvoller und angenehmer beweisen. Die Prosperität (Wirtschaftsblüte) der Westzonen [...] kann den Westen zum ökonomischen Magneten machen. Es ist realpolitisch vom deutschen Gesichtspunkt aus kein anderer Weg zur Erringung der deutschen Einheit möglich als diese ökonomische Magnetisierung des Westens.“

— Quelle: Acht Jahre sozialdemokratischer Kampf um Einheit, Frieden und Freiheit. Dokumentation, hrsg. vom Vorstand der SPD. Bonn 1953, S. 26

B Thomas Dehler, Landesvorsitzender der FDP in Bayern, 2.10.1948

„Rußland hat geteilt, wir wollen die Teilung überwinden, wollen in dem erreichbaren deutschen Raum die deutsche Souveränität stabilisieren in dem sicheren Bewusstsein, dass sie mit magnetischer Kraft die unbefreiten Gebiete des Ostens erfassen wird.“

— Quelle: Wolfgang Benz (Hrsg.): Bewegt von der Hoffnung aller Deutschen. dtv-Dokumente 2917, Deutscher Taschenbuchverlag, München 1979, S.491